

**Fernsehsendung von Hamburg 1 und dem Hamburger Abendblatt
„BETRIFFT HAMBURG/Bürgersprechstunde“
mit Axel Gedaschko am 4.7.2007**

Michael Schmidt , Hamburg - 1 Chefredakteur:

Im 2. Teil geht es unter anderem um die Interessengemeinschaft Imbekstieg, wo Häuser durch den 8-spurigen Ausbau der A7 in Höhe Stellingen zwangsenteignet werden müssen, außerdem geht es um das Radfahren in Hamburg. Mehr dazu gleich.

Werbung

Michael Schmidt , Hamburg - 1 Chefredakteur:

Herzlich Willkommen zum 2. Teil von Betrifft Hamburg, die Bürgersprechstunde. Wie angekündigt geht es jetzt um den Ausbau der A7 in Höhe Stellingen. Mehrere Anwohner dort sollen zwangsenteignet werden. Es hat sich eine Bürgerinitiative gegründet. Christiane Brylla ist Mitglied der Interessengemeinschaft.

Frau Brylla:

Schönen guten Abend und auch vielen Dank für die Einladung. Ich bin Sprecherin dieser Bürgerinitiative, das ist richtig, und wir haben uns vor zwei Jahren formiert als die Pläne im Internet bekannt wurden. Ich vertrete 30 der Anwohner die jetzt durch den 8-spurigen Ausbau zwangsenteignet werden müssen, denn die Westseite grenzt direkt mit den Gärten an die Autobahn. Wir haben deshalb mit der BSU, die für den Bund hier planerisch tätig ist, Kontakt aufgenommen, haben sehr produktive Gespräche geführt. Das Liegenschaftsamt ist inzwischen auch involviert und wir haben das geschafft, was ganz selten geschafft wird, nämlich eine „win-win“ - Situation. Wir hatten uns geeinigt, dass wir die Häuser, die Immobilien verkaufen, sie in Ruhe dort bauen können, und hinterher haben die Bundesbürger eine breite neue tolle Autobahn, garantiert ohne Staus, so wie geplant. Dieser Plan war auf einem sehr guten Weg, die Anwohner sind einverstanden, die Gutachter sind rumgegangen, haben die Häuser geschätzt. Es sind sehr viele ältere Mitbewohner bei uns und Familien mit schulpflichtigen Kindern, die sich natürlich entsprechend langfristig um neuen Wohnraum gekümmert haben. Alle sind auf dem Sprung. Es hieß Herbst, jetzt kann es langsam losgehen und plötzlich, sprich letzten Montag, erfahren wir von der Behörde, Sie hätten diese gesamten Pläne gestoppt, alles auf Eis gelegt, und wir erwarten jetzt eine Verzögerung des gesamten Projekts um anderthalb Jahre bis die Senatswahlen durch sind etc., etc.. Ihre neuen Untersuchungen, Ihre Pläne, die eventuell einen Deckel involvieren, all das interessiert uns nicht, mit Verlaub, denn wir werden zwangsenteignet und wir müssen vorher weg, bevor der Bau beginnt. Insofern, warum wurde das gestoppt, warum dürfen wir nicht weiterarbeiten so wie bisher, produktiv, pragmatisch, an Lösungen orientiert und vor allem kostengünstig, denn alles was jetzt kommt wird teurer.

Axel Gedaschko, Stadtentwicklungssenator:

Die Frage, die A7 dort zu verbreitern und wie man sie verbreitert, insbesondere hinsichtlich des Lärmschutzes, eine Frage, die Ihre Initiative bewegt, aber, wissen auch, ich sehe es, ich kriege fast jeden Tag von irgend einer Initiative entlang der A7 Briefe. Es gibt sehr, sehr unterschiedliche Ansätze und die meisten Initiativen verfolgen einen anderen Weg als Ihre Initiative. Sie sagen, wir haben uns arrangiert, andere sagen, wir wollen dort nicht weg, sondern wir fordern

den Deckel. Das heißt, eine Übertunnelung an bestimmten Stellen, was städtebaulich vielleicht auch sehr interessant wäre, weil, gewinnt so städtischen Raum zurück, weil, wenn man sich vorstellt, die Autobahn wird schlicht und ergreifend gekapselt. Kein Lärm mehr. Obendrauf könnte man Grün-, Sportanlagen etc. machen, wäre'n Riesengewinn auch für die Stadt. Ist nur die Frage der Kosten. Und genau darum geht es. Wir haben den Versuch unternommen beim Bund, der hier derjenige ist, der diese Autobahn baut, nicht die Stadt, dafür Sorge zu tragen, dass der Bund ein höheres Maß an Finanzierung von Lärmschutzmaßnahmen als sonst zahlt. Wenn er das macht, dann könnten wir auch über die Frage des Deckels nachdenken. Das wird nicht Sache von anderthalb Jahren sein bis wir das entscheiden, sondern wir rechnen damit, dass wir da spätestens im Herbst mit durch sind.

Michael Schmidt , Hamburg - 1 Chefredakteur:

Aber wenn ich das Problem richtig verstanden habe, ist das ja so, dass sie - es gibt keine 2 Fronten, sondern die BSU und ihre Initiative hatte sich gefunden, ist einen gemeinsamen Weg gegangen und hat sich darauf eingestellt, für Wohnraum gesorgt, und jetzt ist auf einmal Stop. Das sehe ich so ein bisschen das Problem. Warum auf einmal?

Axel Gedaschko, Stadtentwicklungssenator:

Nochmal, es gibt sehr unterschiedliche Initiativen und die Initiativen, insbesondere, die sagen, wir wollen dort nicht weg, sind auch sehr stark. Sie müssen sich diese - - -

Frau Brylla:

Unser Fall ist einzigartig, Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche, denn nirgendwo, weder in Hamburg noch in der gesamten Bundesrepublik, und das hat das Rechtsamt der Stadt Hamburg geprüft und unser Anwalt. Nirgends gibt es einen solchen Fall, wo ein gesamter Straßenzug komplett parallel zur Autobahn läuft, die Gärten direkt an die Lärmschutzmauer grenzen und durch diese Enteignung, bzw. die Baumaßnahmen die Häuser plötzlich unbewohnbar werden. Es ist ein absoluter Präzedenzfall und es gibt es nicht noch einmal.. Insofern hoffen wir das wir auch eine einmalige Behandlung hier erfahren.

Axel Gedaschko, Stadtentwicklungssenator:

Also, wenn es ne` einmalige Sache ist, deshalb gibt es ja auch überhaupt diesen Weg, der jetzt überlegt wurde. Nochmal aber, wenn wir hier die Möglichkeit haben, es gibt sehr, sehr viele Initiativen. Vor dem Hintergrund, dass der Bund jetzt am Überlegen ist, mehr Geld auszugeben für Lärmschutzmaßnahmen, dann würden wir eben nicht die Situation haben, das wir reingehen müssen, und das müssen wir sonst an vielen Stellen, und das ist was, was wir uns schon sehr überlegen. Wir müssen vielen Menschen ihre Gärten wegnehmen, wir müssten denen 8 Meter hohe Wände vor die Nase stellen, das tue ich ungerne, das sage ich mal ganz gerne - ehrlich. So, und wenn wir das nicht wollen, da gibt es nur die Frage, kriegen wir einen Deckel finanziert, ja oder nein? Und das wird jetzt innerhalb der nächsten Monate geprüft. Wie gesagt, der Bund ist da ein maßgeblicher Faktor und wir warten auf ne Antwort. Aber wie gesagt, keine anderthalb Jahre, insofern, die Sorge kann ich ihnen nehmen.

Frau Brylla:

Gut, ich komm darauf zurück.